



Mittwoch, 27. Mai 2026, 17:00 Uhr  
~8 Minuten Lesezeit

# Militarisierung in allen Bereichen

Selbst beim Katholikentag bekam das Narrativ der akuten Bedrohung durch Russland seinen Platz. Zunehmend artikulieren Friedensaktivisten die Sorge darüber, wie weit Kriegsrhetorik in den zivilen Alltag vordringt.

von Jana Kerac

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Karlis Miksons, Giannis Papanikos, Melinda Raduly)

*Vom 14. bis 17. Mai fand in Würzburg der*

Katholikentag statt. Ein „Fest voller Freude, Glaube, Diskussion und Gemeinschaft“ sei es gewesen. So zumindest steht es auf der entsprechenden Internetseite. Nicht von allen jedoch wurde der Glaube an die Botschaft Jesu Christi besonders ernst genommen. Schließlich beinhaltet diese neben der Betonung von Liebe und Gnade auch den Aufruf dazu, auf Gewalt zu verzichten und sich aktiv um die Versöhnung mit seinen Feinden zu bemühen. Gerade Letzteres wurde auf einer politischen Ebene durchaus verfehlt, indem man wieder einmal verkündete, Russland bereite einen Krieg gegen den Westen vor. Dass die sprachliche und gedankliche Militarisierung auch die Kirchen erreicht, ist kein Wunder, denn sie ergreift aktuell immer mehr gesellschaftliche Bereiche. Abgesehen von den Schülerstreiks regt sich dagegen wenig Widerstand, obwohl längst nicht alle Menschen mit dem Kurs der Regierung einverstanden sind. Ein Beitrag zur Sonderausgabe „**Wehrdienst und Militarisierung**“ (<https://www.manova.news/sonderausgaben/9>)“.

**Man nimmt es ergehen hin. Widerstand bleibt weitgehend aus.**

Haben die Menschen resigniert? Oder nehmen sie doch nicht wahr, in welchem Maße die Gesellschaft seit geraumer Zeit umgekrempelt wird? Wollen sie nicht bemerken, wie das Militärische neuerlich die Oberhand gewinnt? Ahnen sie nicht, dass sie weichgekocht werden sollen? Selbst auf dem Würzburger Katholikentag vom 14. bis 17. Mai 2026 durfte unwidersprochen auf Krieg getrimmt werden.

Schon bald könnten feindliche Kolonnen ins Land einmarschieren. Dieses Bedrohungsszenario evozierte Carsten Breuer, Generalinspektor der Bundeswehr, in Würzburg. Wohlgemerkt: beim Katholikentag. Als würde „katholisch sein“ nicht unbedingt bedeuten (müssen): für Frieden sein. Eingedenk der biblischen Worte des Friedensfürsten Jesu in den Seligpreisungen des Matthäus-Evangeliums: „Selig sind, die Frieden stiften / denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ Aber nein. Carsten Breuer durfte in Würzburg Kriegsangst schüren. Unwidersprochen. Vor lauter Katholiken.

Der Switch weg von der Nachfolge Jesu, der – statt dem alttestamentarischen „Aug um Aug“ zu huldigen – dem Feind auch noch die linke Wange hinhält, hin zur Vergötterung des Kriegsgottes Mars geschieht wie jedes Mal im Handumdrehen. Die Bedrohung durch Russland sei „real“, ließ Carsten Breuer beim Katholikentag verlauten. Sie sei „ganz dicht“, raunte er.

***Carsten Breuer scheint genau zu wissen, was im Kreml geplant wird, er scheint Mäuschen spielen zu dürfen in Russlands Regierungssitz.***

Russland, betonte er beim Katholikentag, bereite sich darauf vor, 2029 einen „großmaßstäblichen“ Krieg gegen den Westen führen zu können. Ausgerechnet beim Katholikentag durfte er diese Propaganda verbreiten. Beweise legte er nicht vor. Beweise braucht es auch nicht. Weil es sich um Propaganda handelt. Und die funktioniert eben dadurch, dass eine Behauptung wiederholt wird. Was man immer wieder hört, muss schließlich wahr sein.

## **Illusionäre Hoffnung**

Dass die Kirche schon wieder Unterstützer von Kriegsvorbereitungen ist, fällt auch Klaus Hartmann auf. Der

stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbands verweist Manova gegenüber auf das beim Katholikentag ebenfalls geäußerte Plädoyer von Militärbischof Franz-Josef Overbeck für eine Wehrpflicht. Für Klaus Hartmann ist dies ein Beispiel dafür, dass man nicht mehr von einer versteckten Militarisierung sprechen kann: „Sie findet immer offener statt.“ Eine Gewöhnung an die Kriegszustände beobachtet er zwar nicht: „Aber eine gewisse Verdrängung, eine illusionäre Hoffnung, es wird ‚uns‘ nicht direkt treffen.“

Weithin verstummt man öffentlich, obwohl das, was geschieht, beängstigt. Plötzlich gibt es wieder „Warntage“. Und von Bunkerbau ist die Rede. „Viele Freunde und Bekannte sind über die Kriege, Waffenlieferungen und Bedrohungslügen bestürzt und beunruhigt, sehen aber keine Möglichkeit, etwas dagegen auszurichten“, erzählt Klaus Hartmann. Die Bundesregierung und die Europäische Union verfolgten die militärische Eskalation gegen Russland immer weiter. Die Leitmedien unterstützten sie dabei. Kritik am Völkermord in Palästina solle wegen der „Staatsräson“ mundtot gemacht werden. Wer Diplomatie statt Kriegsertüchtigung fordere, werde als „Putin-Troll“ geächtet.

Durch das, was durch Menschen wie Carsten Breuer ständig weitererzählt wird, soll Aufrüstung alternativlos erscheinen. Das denkt auch Helmut Adolf von der Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“. Auch ihm springt beim Nachdenken über die Militarisierung sofort die Kirche ins Auge. Wieder, sagt er gegenüber Manova, blase sie zum Kampf mit der Waffe. Helmut Adolf verweist auf die Denkschrift des Rats der Evangelischen Kirche, die anerkennt, dass der Besitz von Atomwaffen politisch notwendig sein könne, um die eigene Verhandlungsposition gegenüber Atommächten zu sichern. Auch der „Operationsplan Deutschland“, weiß Helmut Adolf, schreibt der Kirche Aufgaben zu.

# Sollen sie krepieren!

Nachdem vehementes Eintreten für Frieden inzwischen fast schon als Landesverrat gilt, mag es verständlich sein, dass beim Katholikentag kein Protest aufkeimte. Carsten Breuers dortiger Auftritt kann als Symbol für die um sich greifende, nahezu lautlos hingenommene Militarisierung des Landes angesehen werden. Kein Wort scheint während der Gesprächsrunde mit ihm über das unendliche Leid an der ukrainischen Front gefallen zu sein. Über das unendliche Leiden aller Soldaten in allen aktuellen Kriegen.

Sollen sie doch krepieren! Wir schauen weg. Wir lassen zu. Lassen die um sich greifende Militarisierung zu. Kein Lebensbereich bleibt mehr unberührt. Die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie zum Beispiel schult regelmäßig zum Umgang mit Kriegsverletzten. Universitätskliniken bereiten ihre Mitarbeiter auf Krieg vor. Immerhin hier regt sich ein wenig Protest. So empörte den Interdisziplinären Verband für Gesundheitsberufe (IVfG) bereits vor zwei Jahren, dass Karl Lauterbach das deutsche Gesundheitswesen für militärische Konflikte rüsten wollte.

Der Friedensgedanke aus der Präambel des Grundgesetzes ist liquidiert. Ebendies erkannte der IVfG bereits im Mai 2024. In einem Protestschreiben gegen Lauterbachs Pläne hieß es, wer die Geschichte der letzten 150 Jahre studiere, könne eindeutig erkennen, dass jedem Krieg eine Phase der Propaganda und der medialen Einstimmung der Bevölkerung voranging. „Wir befinden uns mitten in der Hochphase dieser Propaganda“, konstatierte der IVfG. Und: „Wir sprechen Herrn Lauterbach insbesondere sowie allen anderen Kriegstreibern des aktuellen Politpersonals und der Medien gegenüber hiermit unser Misstrauen aus.“ Man wolle Frieden mit Russland. Zum Wohle der Patienten.

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der

Bundeswehr holte vor zwei Jahren ein Meinungsbild ein. Knapp 2.000 zufällig ausgewählte Bürger wurden zu ihrem Bedrohungsgefühl durch Russland befragt. Schon damals fühlten sich 58 Prozent der Befragten bedroht. So soll es auch sein. Anders würde die Militarisierung nicht funktionieren. Das schreibt die Bundeswehr selbst zum Umfrageergebnis.

Die Zustimmung zur militärischen Unterstützung der Ukraine hänge maßgeblich davon ab, ob Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen werde. Ergo: Ziel erreicht.

## Moratorium verhängt

Dass es nun wieder eine Musterung gibt – auch das ist ein Zeichen für die um sich greifende Militarisierung. Musterungszentren entstehen allerorten. 24 sollen es bundesweit werden. Die Umwandlung ehemaliger Militärliegenschaften ist ausgesetzt. Im Herbst 2025 wurde ein entsprechendes Umwandlungsmoratorium verhängt. 187 Liegenschaften sind bundesweit betroffen.

***Eigentlich sollten auf diesen ehemaligen Militärarealen Wohnungen gebaut werden. Gewerbe sollte sich dort ansiedeln. Freizeiteinrichtungen entstehen.***

Einige Schüler rebellieren gegen den neuen Kriegsdienstzwang. Das ist auch gut so. Doch der Widerstand im großen Stil bleibt aus. Und so rollt die Militarisierungswelle ungebremst durchs Land. Sie sei, sagt die Gewerkschafterin Ulrike Eifler im Vorfeld der Gewerkschaftskonferenz für den Frieden am 24. und 25. Juli 2026, inzwischen bis in die letzten Winkel der Arbeitswelt vorgedrungen. Kollegen, die jahrzehntelang zivile Fahrzeuge gebaut hätten, fänden sich plötzlich in Rüstungsbetrieben wieder, erklärte sie in einem Interview für [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com). Sachbearbeiter in der Arbeitsagentur würden darin geschult, Arbeitslose an die

Bundeswehr zu vermitteln.

Auch der Rettungsdienst bereitet sich auf Krieg vor. Statt Friedensinitiativen zu starten. Statt sich für zivile Konfliktlösung einzusetzen. Wie alle anderen Sparten des Gesundheitswesens wird auch er gerade so umgekrempelt, dass er besser mit der Bundeswehr kooperieren kann. Wie das genau gehen soll, wurde vor einem Jahr bei einem Symposium in Berlin erörtert. Dazu lud die Bundeswehr die Bundesärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft ein. Das Gesundheitssystem müsse „raus aus dem Dornröschenschlaf“, wurde in der Eröffnungsrede gemahnt.

## **Begierig auf Infos**

Presse und Rundfunk propagieren ununterbrochen: „Wir müssen uns auf den Ernstfall einstellen!“ Viele glauben der Propaganda, sagt Malte Fröhlich aus Tangermünde, der sich im Stendaler Friedenskreis engagiert. Es ist interessant, was er bei Mahnwachen erlebt. Es zeige sich in den Gesprächen eine Zweiteilung, sagt er gegenüber Manova.

Da gibt es jene, die die öffentliche Propaganda vertreten, sich gut informiert fühlen und taub bezüglich aller Gegenpositionen sind. Häufig nimmt Malte Fröhlich diese Bürger als recht aggressiv wahr. „Eine viel größere Anzahl ist verunsichert und begierig auf andere Informationen und unsere Einschätzungen“, erzählt er.

***Noch etwas Interessantes erlebt er: Aktivisten aus den alten Bundesländern „denken und fühlen oft viel näher an der Russophobie, als es hier in der ehemaligen DDR selbst unpolitische Menschen tun“.***

Dass vom Gesundheitssystem bis zum Schienenverkehr nun alles

auf Kriegsbereitschaft getrimmt wird, beunruhigt jedenfalls viele, sagt Malte Fröhlich. Unübersehbar wird die Bundeswehr durch Werbung und öffentliche Veranstaltungen im Alltag präsenter. Einige begrüßten das. Doch der Friedensaktivist nimmt auch „Ekelgefühle“ wahr. Auf der anderen Seite strömten Tausende beim Tag der offenen Tür zum Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide. Dem Ostermarsch hingegen hätten sich lediglich 500 Leute angeschlossen.

## **Kanonen statt Butter**

Selbst der Bauer kann dieser Tage nicht mehr friedlich seine Scholle beackern. Armin Schaus vom Operativen Führungskommando der Bundeswehr appellierte in einem im März 2026 geführten Interview mit „agrareute“ an die Landwirte, sich auch mit der militärischen Sicherheitslage zu befassen. Vor einem Jahr warnte EU-Kommissar Christophe Hansen, dass die EU auf Kosten der Bauern bis zu 800 Milliarden Euro in Verteidigung investieren wolle. „Kanonen statt Butter“, betitelte die „Berliner Zeitung“ einen entsprechenden Bericht.

Die Bürger schwanken zwischen Gläubigkeit gegenüber dem Narrativ und Entsetzen über jene Facetten der Militarisierung, die sie am eigenen Leib erleben. Als Krankenschwester. Als Bauer. Als Eisenbahner. „Eine Gewöhnung kann ich nicht erkennen, wohl aber einen allgemein zunehmenden Druck“, erklärt Malte Fröhlich. Man protestiert nicht, rebelliert nicht, weil man nicht ausgegrenzt werden möchte.

Noch etwas anderes wirkt domestizierend, beobachtet er. Und zwar der starke Anstieg der Armut. Mindestens genauso zähmt Armutsangst. Deshalb, denkt Malte Fröhlich, wehren sich nur so wenige Menschen.

Mit Karacho wird gerade eine gefährliche Serpentinstraße Richtung Krieg hochgerast. Doch Ursachen der herrschenden Konflikte würden ausgeblendet, so Malte Fröhlich, Kräfte bewusst geraubt. Die Power, sich selbst zu ermächtigen und zu handeln, schwinde. So habe Militarisierung schon immer funktioniert, konstatiert der Friedensaktivist. Man Sorge für maximale Unsicherheit. Maximale Lähmung. Dann darf der Krieg kommen.

Droht also unweigerlich die Wiederholung des bereits etliche Male Erlebten? Immerhin, sagt Helmut Adolf von der Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“, gibt es die Schulstreikbewegung. Und zwar, weil junge Menschen die Militarisierung nun am eigenen Leib spüren. Zu hoffen bleibe, dass sich hieraus eine kritische Protestbewegung entwickelt: „Wie im Zeitraum um 1968.“

---



**Jana Kerac**, Jahrgang 1970, ist seit ihrem Germanistikstudium als freie Journalistin deutschlandweit für verschiedene Zeitungen und Magazine tätig. Schwerpunktmäßig recherchiert sie zu sozialen Themen. Wichtig ist ihr dabei der direkte Kontakt zu Menschen, die von sozialpolitischen Entscheidungen betroffen sind. Seit ein paar Jahren arbeitet sie etwa zur Hälfte von Finnland und von Deutschland aus.